

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruck: Tagesblatt Rieser,
Gemeinl. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meichen.

Postkassentor: Dresden 1538
Eckstraße Rieser Nr. 52.

Nr. 66.

Donnerstag, 19. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kasse. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. mm breite, 4 mm hohe Grundschreibweise (6 Spalten, 25 Gold-Pfennige, die 8 mm breite Plakatschreibweise 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Ermäßigung Rabatts möglich, wenn der Betrag verhältnismäßig durch Abgabe eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Befehlort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gactzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lohmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Dr. Jarres' Kandidatenrede.

Wg. Berlin. In einer Versammlung in der Philharmonie zu Berlin führte der Präsidentschaftskandidat, Oberbürgermeister Dr. Jarres u. a. folgendes aus:

Es werden es mir nachempfinden, daß ich das persönliche Bedürfnis habe und es an dieser Stelle auch für eine Ehrenpflicht halte, der hohen Achtung Ausdruck zu geben, welche ich unbeschadet der Verschiedenheit unserer grundsätzlichen politischen Einstellung dem Kandidaten des vorerwähnten Präsidentsen Ebert auf Grund unserer Zusammenarbeit in den Reichsgeschäften bewahren werde. Nur der Gedanke, daß nach Ihrer Ansicht durch meine Kandidatur das hohe Ziel der Zusammenfassung aller den Staat beherrschenden nationalen Kräfte gefördert wird, hat mich bewegen können, Ihrem ehrenvollen Ruf zu folgen.

Ich gelte offen, daß ich die Kandidatur einer einzelnen Partei, wenn sie an mich herangetragen wäre, hätte ablehnen müssen.

Denn ich bin der Auffassung, daß der Präsident des Reiches nicht der Vertreter irgend einer einseitigen Parteirichtung oder einseitiger Wirtschaftsinteressen sein darf.

Der Wille zu Siegen muß uns in dem bevorstehenden Kampfe, den wir nicht für eine Person, sondern für unsere staatspolitischen Ideale zu führen haben, einmütig befehlen. Ich glaube auf Ihre Einverständnis rechnen zu dürfen, wenn ich beim Beginn unserer Arbeit die Forderung aufstelle:

Der Kampf um die Wahl des deutschen Reichspräsidenten muß eintierlich geführt werden.

Alles, was ich bin und habe, verdanke ich meiner rheinischen Heimat. Es war immer mein Streben, von den Wesenszügen meiner rheinischen Stammesart einen bescheidenen Teil mir zu erhalten und auszubilden. Die fremde Beziehung dulde ich nicht im Rheinland. Die tausend andere habe ich die Ehre gehabt, für meine Pflichterfüllung als Beamter und Bürger zu büßen. Auch nach wiederholter Ausweisung habe ich mich nach Kräften an dem großen Abwehrkampf meiner Vaterlande beteiligt. Wir haben schließlich den passiven Widerstand aufgeben müssen wegen der Erschöpfung unserer materiellen Hilfsmittel. Niemals werden wir den Widerstand gegen irgendwelche Fortrennungsbemühungen unserer Gegner einstellen. Der Rhein muß deutsch bleiben!

Wenn in diesen Tagen wiederum trotz oftmals erfolgter Aufklärung und Richtigstellung mit dem Schlagwort der „Verfassungspolitik“ gegen mich gearbeitet wird, an das sich die abenteuerlichsten Vorstellungen knüpfen, so sage ich Ihnen, daß dieser Vorwurf eine frivole persönliche Verleumdung und eine geradezu lächerliche Verdrehung der tatsächlichen Vorgänge und Tatsachen darstellt. Der Gedanke einer Preisgabe hat zu keinem Zeitpunkt auch nur im entferntesten Bereich meiner politischen Erwägungen gelegen. Nein, ich darf von mir sagen, daß ich nach dem augenblicklichen Ausgang des Krieges meine Lebensaufgabe gerade darin erblicke, die unaufhörliche Zugehörigkeit der Rheinlande zu Deutschland innerhalb des Reichs, und Staatsangehörigkeit zu erhalten und zu sichern.

Die „Verfassungspolitiker“ haben im anderen Lager! Ich hoffe nicht genötigt zu werden, die Beweise dafür der Öffentlichkeit unterbreiten zu müssen. Seit 1919 habe ich die gefährlichsten Bestrebungen, welche auf eine Föderation

oder gar Lösung der alten staatsrechtlichen Bande zu Reich und Ländern gerichtet waren, mit Leidenschaft und glühender Hingabe nicht ohne Erfolg bekämpft.

Wenn mir aber etwa, wie es gelegentlich geschieht, mit dem Vorwurf der „Verfassungspolitik“ die Schuld an der Einseitigkeit der Unterstützungen an Rhein und Ruhr nach der Aufgabe des passiven Widerstandes zugeschoben werden soll, so muß ich dem entgegenstellen, daß ich in Wirklichkeit unmittelbar nach meinem Eintritt in die Regierung verhängnisvolle Entschlüsse des Kabinetts rückgängig gemacht und mich für die Weiterzahlung der Unterstützungen der letzten Anspannung der Reichsfinanzen eingesetzt habe. Im Kampfe um die Freiheit und das Recht des Rheinlandes kann es keiner ernster und stärker gemollt haben als ich.

Ich halte fest an dem, was ich als Reichsminister des Innern verantwortlich gesagt habe, daß die Verfassung auf der Basis organischer Entwicklung weiter gebildet werden muß. Wir sind keineswegs der Auffassung, daß eine „Restauration“ der Zustände, wie sie vor 1914 waren, möglich oder auch nur wünschenswert wäre. Auch wir, die wir das Bild des alten Deutschlands in einem treuen und unabhängigen Gedächtnis bewahren, sind keineswegs blind gegen Fehler und Mängel der alten Zeit. Was sich in den Stürmen des Krieges und der Revolution als morsch erwiesen hat, kann nicht wiederkehren.

Auf der andern Seite sind wir der Meinung, daß dieser alte Staat auf unendlich vielen Gebieten das Vorbild eines sozialen Staatswesens gewesen ist.

Mein von mir hochverehrter Mitbewerber, der bairische Staatspräsident Hellbach, hat in dem Epilog seiner Schrift über die Wesensart der deutschen Seele von diesem alten Deutschland gesagt: „Es gab keinen Staat, der so exakt, so lauter, so unbestechlich, so akkurat, so ehrenhaft war.“ Es will mir scheinen, als ob das neue Deutschland auf dem Boden der republikanischen Staatsform zu hochgeprägten Tugenden des alten Deutschland wieder zu Ehren kommen zu lassen. Wir lehnen die Auffassung ab, als ob es bei dieser Wahl des Reichspräsidenten um eine Entscheidung über die Streitfrage „Monarchie oder Republik“ ginge. Letztes Endes ist nicht die Form des Staates entscheidend, sondern sein Inhalt.

Wir bringen der verfassungsmäßigen Forderung die schuldige Achtung entgegen, aber wir fordern auch für uns das Recht, die alten Farben schwarz-weiß rot, in denen sich die Symbole einer wirklichen und zureichenden Völkereinheit verkörpern, ungehindert zu ehren und hochzuhalten.

Wir müssen zurück zu der Reinheit des öffentlichen Lebens in der Vergangenheit. Es bedarf der innigen Zusammenarbeit aller Glaubensbekenntnisse. Jeder Gedanke an einen wie immer gearteten Antirumpfkampf würde eine schwere Verleumdung an deutschen Völkern bedeuten. Trotz aller Not und des Unglücks bleiben uns die Grundpfeiler der deutschen Völkereinheit erhalten. Sie zu erhalten, zu sichern und auszubauen, ist höchstes Gebot.

Es lebe das einig, unteilbare Deutsche Vaterland!
(Stürmischer Beifall.)

Aufruf der Deutschen Volkspartei.

(Berlin, 18. März. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei erläßt den folgenden Aufruf zur Wahl des Reichspräsidenten:

An unsere Freunde im Reich!

Bei der Wahl des deutschen Reichspräsidenten, zu der das deutsche Volk berufen ist, steht den Parteikandidaturen der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten als einziger nationaler Sammelliste gegenüber der Kandidatur des Reichsblodes Dr. Karl Jarres. Dieser Jarres hat sich alles, was nicht auf Parteigeiz eingeschworen ist, hier Jarres, zahllose politische, wirtschaftliche und kulturelle Verdienste haben Jarres auf den Schild erhoben und sind entschlossen, für ihn den Sieg zu erringen. Die Deutsche Volkspartei steht in diesem Kampfe in vorderster Reihe, nicht weil es sich um einen der üblichen handelt. Jarres ist nie ein Parteimann im engeren Sinne gewesen, vielmehr ist gerade er wie kein anderer geeignet, auf nationalen Boden zusammenzuführen und zu einigen. So bedarf es für unsere Freunde keiner besonderen Worte, um sie anzusprechen, ihre ganze Kraft für den Sieg des Kandidaten des Reichsblodes einzusetzen. Wir erkennen Jarres als einen deutschen Mann, bewährt im Freiheitskampf für Rhein und Ruhr, der unter Achtung seiner Lebens- und seiner persönlichen Freiheit sich gegen welches Unrecht wie gegen kommunistische Gewalttätigkeiten einsetzte. Wir erkennen ihn ebenso als verantwortungsbewußten Führer in der schwierigen Wiederherstellung für unser Vaterland. So erfüllt er alle Voraussetzungen, die für einen wirklichen nationalen Sammellistenkandidaten erforderlich sind. Für Jarres kämpfen heißt deshalb, der Sache des Vaterlandes im Sinne unserer hohen Ideale dienen. Der Wahlspruch des Reichsblodes ist auch der unsere geworden: Ein Weg, ein Wille! Wählt Jarres!

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei.

Befolungstragen vor dem Haushaltsausschuß.

Wg. Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte am Mittwoch zunächst dem Notetat für 1925 zu mit der Maßgabe, daß die Ermächtigung für die Regierung auf die Zeit bis zum 31. Mai beschränkt wurde. Hieran wurden Anträge der Demokraten und Sozialdemokraten betreffend Erhöhung des Steuernauschlages für die Befolungsträger I bis VI von 12,5 auf 20 Prozent beraten. Der Reichsfinanzminister von Schlieben befragte die Anträge unter Hinweis darauf, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Einnahmeseite noch nicht zu übersehen sei, die Übernahme dauernder Lasten verhängnisvolle Folgen für die Wirtschaft und die Finanzen zeitigen könnte. Besonders bedauerlich sei die Rückwirkung auf die Verhältnisse bei der Eisenbahn; schon die Erhöhung der Arbeiterlöhne um 3 Pfennige mache eine Erhöhung der Personentaxen nötig. Eine Erhöhung um 7,5 Prozent der Gehältern würde eine weitere Steigerung der Tarife unbedingt nach sich ziehen. Diese Ausführungen des Finanzministers wurden von einem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und einem Ministerialdirektor aus dem Reichsarbeitsministeriums noch in Hinblick auf die wirtschaftliche Lage ergänzt. — Der Reichsverkehrsminister Dr. Krohn betonte nochmals die schweren Rückwirkungen einer Erhöhung der Beamtenbefolung auf die Personen- und Gütertarife, während doch gerade alle Kreise eine Ermäßigung der Tarife anstrebten. — Die Abgeordneten Bender (Soz.), Schulz (Steglich-Dem.) und Seppel (Soz.) wandten sich gegen die Ausführungen der Regierungsvertreter. Abg. Schulz machte u. a. geltend, die Beamten müßten so gestellt werden, daß die Erscheinungen wieder verschwinden, die jetzt täglich in Gerichtsverhandlungen, Geldstrafen und ähnlichen Vorgängen ihren Ausdruck finden. — Abg. Morath (Dp.) beantragte eine Vertagung der Beratung mit Rücksicht auf die Regierungserklärungen, die eine Stellungnahme der Fraktionen notwendig machten. Hieran vertagte sich der Ausschuß.

Der Eisenbahner-Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Berlin. (Funkpruch nachm. 3 Uhr.) Nachdem auch die gestrige Verhandlung im Reichsarbeitsministerium zu keiner Verständigung geführt hatte, hat der Reichsarbeitsminister sich entschlossen, den Schiedspruch vom 12. März von Amtswegen für verbindlich zu erklären. In der Entscheidung wird ausdrücklich betont, daß die im Schiedspruch vorgesehene volle Wiedereinstellung der streikenden Arbeiter zwar eine schwere Belastung für die Reichsbahn bedeute, für die Arbeiter bedeute die im Schiedspruch vorgeschlagene Regelung im ganzen betrachtet aber doch eine wesentliche Verbesserung.

Die Streiklage bei der Eisenbahn.

Dresden. (Funkpruch.) Von der Pressestelle der Reichsbahndirektion wird uns mitgeteilt:

Die Zahl der Streikenden hatte im Bezirk der Reichsbahndirektion Dresden am 14. März ihren Höchststand mit 5957 erreicht und ist seitdem langsam gefallen. Die betrag gestern abend 5845. Betrieb und Verkehr haben weiterhin voll ausreicht erhalten werden können.

Zu der Frage einer Erhöhung der Personentaxen wird mitgeteilt, daß neue Lohnverhandlungen natürlich neue Lohnmaßregeln notwendig machen, daß aber die Frage der Tarifserhöhung im Augenblick noch nicht spruchreif ist und wahrscheinlich eine Erhöhung um 10 v. H., wie sie in der Presse behauptet wurde, nicht erreichen wird.

Die Einigungsverhandlungen.

Berlin. Zu der Aussprache mit den Vertretern der Reichseisenbahnverwaltung und den Gewerkschaften über die Möglichkeit einer Einigung im Eisenbahnerstreik, die gestern nachmittag im Reichsarbeitsministerium stattfand, betonten die Gewerkschaftsvertreter, daß sie jederzeit zu einer Einigung bereit seien, wenn auch die Gegenseite Entgegenkommen zeige. In der vorliegenden Form sei der Schiedspruch jedoch für die Organisation untragbar. Einer Verbindlichkeitsklärung werde man sich im Hinblick auf die gesetzlichen Bestimmungen allerdings nicht widersetzen. Der Verammlungsleiter erklärte jedoch, daß das Reichsarbeitsministerium heute keine endgültige Entscheidung treffen werde.

Preussischer Landtag.

Wg. Berlin. Der preussische Landtag hatte für gestern nachmittag 2 Uhr die Regierungserklärung des Kabinetts zur Aussprache über die Erklärung auch der Antrag der Deutschen Nationalen, der Arbeit über die Befugnisse eines „Gesellschaftsministeriums“ schaffen will, beraten werden. Inzwischen die Regierungsbildung bis gestern 2 Uhr noch nicht zum Abschluß gekommen war, die Beratungen in und mit den Fraktionen noch fortdauerter, so wurde die Sitzung um 2 Uhr alsbald nach der Eröffnung auf 5 Uhr vertagt, weil man inzwischen zu einer Entscheidung zu gelangen hoffte. Aber auch damit war es nicht: Beide Gegenstände wurden nachdem die Sitzung abermals eröffnet war, für gestern abgelehnt, allerdings in der bestimmten Erwartung, daß bis heute der Krise so oder so ein Ende gemacht werde. Das Haus befaßte sich dann mit dem Entwurf eines neuen Wahlgesetzes für die Provinzialparlamente und Freitage. Heute wird wieder die erwartete Regierungserklärung an der Spitze der Tagesordnung stehen; die Sitzung soll um 12 Uhr beginnen.

Wary lehnt ab.

Berlin. (Funkpruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat der bisherige Ministerpräsident Wary die Neuwahl zum Ministerpräsidenten nicht angenommen. Die heutige Sitzung des Landtages dürfte daher vertagt werden. Die Neuwahl des Ministerpräsidenten wird vorwiegend am Freitag erfolgen.

Die Kandidaten für die preussische Ministerpräsidentenschaft.

Berlin. Nach dem „Lokalanzeiger“ kommen als Präsidentsen für ein neues „Beamtensministerium“ Kammergerichtspräsident Tigge, der frühere Finanzminister Zarnitz und der dem Zentrum nahestehende rheinische Landeshauptmann Porion in Frage. Die „Tägliche Rundschau“ nennt in diesem Zusammenhang auch den früheren Gewerkschaftskommissar Peters.

Steuernotverordnung. — Aufwertungsfrage.

Berlin. Dem Reichstage ist vom Justizministerium ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Fristen der 3. Steuernotverordnung bis zum 30. Juni 1925 verlängern soll. Ebenso soll der Zeitpunkt des Außertrittens des Gesetzes über die Auslegung des Verfahrens vor Gerichten und Aufwertungsstellen auf den 30. Juni festgelegt werden. Begründet wird der Gesetzentwurf damit, daß die in Aussicht genommene endgültige Regelung der Aufwertungsfrage bis zum 31. März 1925 nicht erfolgen kann.